

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Jugosl. - MEC/BUG

Bern, den 2. September 1991

Besuch des kroatischen Aussenministers Separović

Am 30.8.1991 empfing Botschafter Staehelin den erst seit vier Wochen amtierenden Aussenminister Kroatiens Zvonimir Separović (S) [Jurist, früher Professor und Universitätsrektor].

S dankte zuerst für die Unterstützung, die Kroatien von der Schweiz erfahren hatte. In Kroatien hat man vermerkt, dass die Schweiz zu den ersten gehörte, die die Anwendung des KSZE-Dringlichkeitsmechanismus verlangten und Beobachter angeboten hatten.

Mit Befriedigung nahm die kroatische Regierung zur Kenntnis, dass der Bundesrat die serbische Aggression verurteilte und niemals eine durch Gewalt erfolgte Grenzänderung akzeptieren wird.

Geschätzt wird besonders die Bildung einer Expertengruppe durch Oesterreich, Schweden und die Schweiz zur Ausarbeitung von Staatsmodellen, die in Jugoslawien Anwendung finden könnten.

Den Zweck seiner Reise nach Bern, wie übrigens in zahlreiche andere Hauptstädte, namentlich nach Wien, Bonn und Budapest gab S mit der Notwendigkeit an:

1. Die Weltöffentlichkeit über die Vorgänge in Kroatien zu informieren. Es müsse bekanntwerden, dass Serbien sowohl das Völkerrecht als auch das humanitäre Kriegsvölkerrecht missachte. Kriegsverbrechen würden selbst gegen Zivilpersonen verübt.
2. Die Krise müsse internationalisiert werden, was ganz und gar nicht im Interesse Serbiens liege.

3. Auf die Anerkennung Kroatiens als souveränen Kleinstaat hinzu- arbeiten. Durch die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens wür- den diese vorläufig noch zu Jugoslawien gehörenden Teilre- publikten zu eigenständigen Völkerrechtssubjekten, was ihnen einen besseren völkerrechtlichen Schutz gewähren würde. Eine grosse Genugtuung in dieser Hinsicht sei es für Kroatien, dass Oesterreich und Deutschland es in dieser Hinsicht stark unter- stütze. Genscher habe bereits erklärt, dass Deutschland die Anerkennung in Betracht ziehe, wenn sich die Gewaltanwendung in Kroatien fortsetze. Nach S ist diese Bedingung allerdings schon lange erfüllt.

Das Ziel Kroatiens sei es, einen unabhängigen Staat in einer losen Konföderation zu realisieren. Ein engerer Staatsverband werde als nicht mehr möglich erachtet.

Kroatien werde alles unternehmen, um eine friedliche Lösung des Konfliktes zu ermöglichen, insbesondere werde es alles unterlas- sen, was neue serbische Angriffe provozieren könnte. Vorderhand sei es aber gezwungen, eine aktive Verteidigung zu führen, denn es gehe schlicht ums Ueberleben mitten in Europa, am Ende des 20. Jahrhunderts, lediglich eine Flugstunde von der Schweiz ent- fernt.

Die kroatische Regierung begrüsse die neuste Friedensinitiative der EG und würde insbesondere einem Schlichtungsverfahren inner- halb der Friedenskonferenz zustimmen. S wies darauf hin, dass das kroatische Gebiet einst grösser war als die heutige Republik, dass Kroatien aber mit den aktuellen Grenzen zufrieden sei. Es könne jedoch keinesfalls das serbische Prinzip akzeptieren, das hiesse, wo ein Serbe ist, ist Serbien. Dies verstosse gegen das Völkerrecht.

S sprach sich entschieden für die Fortsetzung der Bemühungen der EG wie auch der KSZE aus. Er räumte allerdings ein, er glaube kaum, dass die KSZE zu einem Konsens finden könne, denn Spanien

etwa oder Griechenland hätten ihrerseits Probleme mit eigenen Minderheiten. Wichtig sei dennoch, dass die internationale Gemeinschaft weiterhin energisch handle. Hinsichtlich der EG plädierte S für die Verhängung von Wirtschaftssanktionen, damit sich die serbischen Verbrechen auf keinen Fall lohnen würden. Er ging allerdings nicht darauf ein, wie Sanktionen angewendet werden könnten, so dass nur Serbien, nicht aber die andern Teilrepubliken davon betroffen würden.

Im übrigen warnte S vor der Annahme Slowenien sei durch den Rückzug der Bundestruppen bereits in Sicherheit. In Kroatien werden neue Angriffe auf diese Teilrepublik nicht ausgeschlossen.